

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt e. V.

Antworten der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

1. Frauen- und Gleichstellungspolitik

- Wie werden Sie das Landesprogramm umsetzen und fortschreiben?

Gleichstellungspolitik ist für uns eine Aufgabe, die in allen Politikbereichen bearbeitet werden muss. Die Umsetzung des Landesprogrammes muss daher endlich auch von allen Politikbereichen und Ministerien gleichermaßen unterstützt und vorangetrieben werden. Hier sehen wir durchaus Verbesserungsbedarf, der zu allererst mit politischem Willen zu erreichen ist. Darüber hinaus halten wir es für sinnvoll, den gesamtgesellschaftlichen Aktionsplan für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt in das Landesprogramm zu integrieren.

Programme und Pläne müssen permanent evaluiert und den gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden. Insbesondere die spezifischen Bedürfnisse von Frauen mit Migrations- und/oder Fluchthintergründen werden in den kommenden Jahren mehr Aufmerksamkeit erfordern. Spezifische Beratungsbedarfe und Schutzbedürfnisse müssen erkannt und entsprechende Angebote entwickelt bzw. in vorhandenen Strukturen etabliert werden. Eine Vernetzung der Beratungslandschaften der Migrations- und der Gleichstellungsarbeit ist auch staatlich voranzutreiben und zu befördern.

- Welche Strukturen wollen Sie auf Landes- und kommunaler Ebene erhalten und schaffen?

Wir wollen auf Landesebene die Institution der Gleichstellungsbeauftragten wieder etablieren. Eine wichtige Aufgabe ist die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt, insbesondere häuslicher Gewalt. Engagiert und kontinuierlich wird sich DIE LINKE. Sachsen-Anhalt gegen Gewalt gegen Frauen einsetzen. Bedarfsgerechte Angebote zur Gewaltprävention und Beratung für von häuslicher Gewalt Betroffene sind landesweit umfassend zu fördern. Darin eingeschlossen sind die Landesintervention und -koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking (LIKO), regionale Interventionsstellen, Beratungsstellen, die Fachstelle VERA sowie die Beratungsstelle Pro Mann, die finanziell wie auch personell abgesichert werden müssen.

Frauen und Kinder sind besonders von häuslicher Gewalt bedroht. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen, dass die Betroffenen sicher, schnell, unbürokratisch und bedarfsgerecht Schutz und qualifizierte Hilfe in einem Frauenhaus oder einer Frauenschutzwohnung erhalten können. Psychologische Betreuung, auch für Kinder, ist zu gewährleisten. Zugangs-, Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten für von Gewalt betroffene Frauen mit Behinderungen sind zu verbessern. Die Finanzierung der Frauenhäuser muss langfristig gesichert werden. Das betrifft sowohl die Personal- als auch die Sachkosten einschließlich investiver Mittel. Unser Ziel

ist eine sachgemäße personelle und bauliche Ausstattung, die auch den Ansprüchen der Barrierefreiheit genügt. Zahlungen für Frauenhäuser sind keine freiwilligen Leistungen, sondern Pflichtaufgaben der Kommunen im eigenen Wirkungskreis. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Anhebung der Zuweisungen im Finanzausgleichsgesetz (FAG) ein, um auch dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Die Arbeit des Landesfrauenrates ist finanziell und personell langfristig zu sichern. Zudem sind Frauenzentren und Frauenprojekte auf eine verlässliche finanzielle Basis zu stellen.

Auf kommunaler Ebene halten wir hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte für unverzichtbar. Bedingung für ihr erfolgreiches Wirken ist allerdings auch, dass sie ihre Kraft und Zeit tatsächlich der Gleichstellungsarbeit widmen können und nicht durch zahlreiche weitere Beauftragungen bzw. Zusatzaufgaben überlastet werden.

- Wo planen Sie die politische und strukturelle Ansiedlung der Gleichstellungsbeauftragten und wie werden Sie diese personell ausstatten?

Nach unserer Auffassung ist die Unabhängigkeit der Gleichstellungsbeauftragten ein entscheidendes Kriterium für ihre Wirkungsmächtigkeit. Deshalb plädieren wir dafür, die Gleichstellungsbeauftragte direkt am Landtag anzusiedeln und nicht weiterhin einem Ministerium zu unterstellen. Um ihre Arbeit leisten zu können, braucht sie eine angemessene personelle, materielle und finanzielle Ausstattung.

- Wie werden Sie strukturell die Frauen- und Gleichstellungsarbeit organisieren (aktuell werden die Themen parallel in der Leitstelle für Frauen- und Gleichstellungspolitik und in der Abteilung „Strafrecht, Frauen und Gleichstellung“ bearbeitet)?

Wir werden einem künftigen Kabinett empfehlen, die ministeriellen Strukturen der Frauen - und Gleichstellungsarbeit organisatorisch zusammenzuführen. Eine Abteilung „Strafrecht, Frauen und Gleichstellung“ ist schon symbolisch mehr als unglücklich. Wir plädieren für eine Anbindung der Strukturen und Mitarbeiter_innen auf Staatsekretär_innenebene.

- Welche Vorstellungen haben Sie, um Gender Mainstreaming auch nach 2016 durchzusetzen und Fortschritte auf diesem Gebiet zu erreichen?

Gender Mainstreaming umzusetzen, heißt für uns, sowohl traditionell klar fixierte männliche und weibliche soziale Rollen anzufechten, als auch für die gleiche Teilhabe der Geschlechter an allen gesellschaftlichen Bereichen und Ressourcen und ihren Schutz vor Diskriminierung und Gewalt einzutreten.

Gender Mainstreaming markiert Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe. Das erfordert, dass alle Politikbereiche hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Gleichstellung der Geschlechter überprüft und entsprechende Maßnahmen und Konsequenzen ergriffen werden müssen. Das bedeutet für uns auch, für eine angemessene

Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsgremien der Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur einzutreten.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bekennt sich zur Quotierung in allen Führungsebenen und Aufsichtsräten. Eine Mindestquotierung aller politischen Mandate und öffentlichen Ämter von 50 Prozent ist anzustreben. Die Einführung einer 50 Prozent-Quote in der Landesverwaltung ist schrittweise umzusetzen.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt strebt eine mit Männern und Frauen paritätisch besetzte Landesregierung an.

Ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu Gender Mainstreaming ist es aus unserer Sicht, insbesondere bei finanziellen Entscheidungen, die Folgen und Auswirkungen auf die Geschlechter und die Gleichstellung der Geschlechter zu reflektieren. Gender Budgeting ist deswegen für uns ein wichtiges Instrument auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit.

- [Wie werden Sie eine geschlechtergerechte Verteilung aller öffentlichen Mittel anstreben?](#)

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt fordert Gender Budgeting als Weg zur Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen im Landeshaushalt. Durch die Erhebung von geschlechtsspezifischen Daten und ihre Analyse sollen die Auswirkungen der Haushaltspolitik transparenter dargestellt und entsprechend der Gleichstellungspolitik gezielt angepasst werden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird somit mittels des Steuerelements des Gender Budgeting das Ziel eines geschlechtergerechten Haushaltes verfolgen. Gender Budgeting soll zum Gender Mainstreaming einer künftigen Finanzpolitik in Sachsen-Anhalt werden.

- [Ist aus Ihrer Sicht die Novellierung des Frauenfördergesetzes notwendig? Und wenn ja, welche Änderungen werden Sie vornehmen?](#)

Ja, wir wollen das Frauenfördergesetz Sachsen-Anhalt evaluieren. Das Frauenfördergesetz soll zu einem modernen Gleichstellungsgesetz für Sachsen-Anhalt ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang sind insbesondere neue Eckwerte wie Zielquoten, Sanktionsmechanismen, Gleichstellungspläne und die Stärkung der Rechte der Gleichstellungsbeauftragten zu definieren.

- [Wie können Sie die finanziellen Rahmenbedingungen für die Frauenförderung sichern und weiterentwickeln \(Tarifanpassung, Einstufung, Fördermodalitäten\)?](#)

Nach unserer Auffassung geht es bei der Frage der Förderung von Projekten und Strukturen nicht immer nur darum, wie viel Geld zur Verfügung gestellt sondern auch wie dieses Geld bereitgestellt wird. Dass Projektträger und Fördermittelempfänger einen großen Teil ihrer Arbeitszeit darauf verwenden müssen, Abrechnungen zu erstellen, Geldadministration zu sichern und Mittel für das kommende Jahr zu beantragen, ist keine gute Lösung. Deshalb wollen wir die Ausreichung von Fördermitteln über längere Förderzeiträume, vereinfachte Beantragungen für Folgeprojekte und institutionelle Förderungen für unverzichtbare Aufgaben/Projekte intensiv prüfen. Tarifanpassungen und ein Ausgleich für Preissteigerungen sind bei der Vergabe von Fördermitteln zu berücksichtigen und einzuplanen.

- Wie sollen Ihre Maßnahmen im Umgang mit dem demografischen Wandel aussehen? Welche Ziele verfolgen Sie und wie werden die Belange von Frauen dabei berücksichtigt?

Der demografische Wandel zieht sich als Problembeschreibung durch nahezu alle Politikbereiche. Zunächst einmal ist dazu festzuhalten: Die Entscheidung, Kinder zu bekommen oder nicht, ist eine, die jeder Mensch für sich persönlich treffen muss und die zu akzeptieren ist. Politik steht aber vor der Aufgabe, die strukturellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen, die sich für ein Leben mit Kindern entscheiden wollen, dies auch können. Wir streiten für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, für Arbeitsbedingungen, die Flexibilität im Sinne der Arbeitnehmer_innen bieten, z.B. für Familienzeit, und die es Alleinerziehenden möglich machen, gute Arbeit zu leisten und zugleich für ihre Kinder da zu sein. Wir denken: Mit guten Arbeitsbedingungen, einem gerechten Lohnniveau, einem dichten und qualitativ hochwertigem Netz für die Kinderbetreuung, mit Schulen mit Ganztagsangeboten und Kulturleben, das für alle zugänglich ist, wird Sachsen-Anhalt attraktiver für alle Menschen, sowohl zum Herkommen, als auch zum Hierbleiben. Zudem gilt es die Befunde des demografischen Wandels nicht nur zu beklagen, sondern die Strukturen im Land der sich ändernden Bevölkerung anzupassen. Zum einen heißt das, den Bedürfnissen einer älter werdenden Bevölkerung gerecht zu werden. Seniorinnen und Senioren erheben zu Recht den Anspruch auf stärkere Teilhabe. Sie wollen auch in dieser Lebensphase nach ihrer Lebenserfahrung und Kompetenz gefragt werden. Ihr Rat und ihr Engagement sind ein Gewinn, den wir für das Gemeinwesen stärker nutzbar machen wollen. Wir wollen die Mitwirkungsrechte von Seniorinnen und Senioren auf der jeweiligen Ebene konkreter ausgestalten und dazu ein Seniorenmitwirkungsgesetz initiieren, das die Rechte von Seniorinnen und Senioren auf der Landesebene regelt.

Wir fordern ein Umsteuern in der Rentenpolitik des Bundes, die Rente muss wieder den Lebensstandard im Alter absichern können. Der Rentenwert in Ostdeutschland soll an das Niveau in Westdeutschland angeglichen werden.

Zum anderen besteht ein sehr aktueller Aspekt des demografischen Wandels darin, dass gegenwärtig und wohl auch in Zukunft mehr Asylsuchende und Geflüchtete nach Sachsen-Anhalt zuwandern. Sie brauchen Hilfe, Schutz und Beratung. Sie brauchen aber auch die Chance, sich möglichst schnell hier eine Perspektive zu schaffen und selbstverständlicher und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft zu werden. Gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung liegt in der Zuwanderung - auch wenn sie wie bei Geflüchteten nicht freiwillig und gezielt geschieht - eine große Chance für die Entwicklung Sachsens-Anhalts. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt tritt für eine offene Gesellschaft ein, die Zuwandernde unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus willkommen heißt. Gemeinsam mit Gemeinden, Städten und Landkreisen, Flüchtlings- und Wohlfahrtsverbänden wollen wir ein Aufnahme- und Integrationskonzept entwickeln. Integration ist für uns nicht bloße Aufforderung, sondern konkretes Angebot auf allen Ebenen: sozial, demokratisch, kulturell, nicht zuletzt am Arbeitsmarkt. Wir wollen die Mehrsprachigkeit in Behörden

(Kommunikation, Formulare usw.) und die aktive Beteiligung der neuen Bürgerinnen und Bürger in Vereinen und im Ehrenamt unterstützen. Dazu ist es auch notwendig, Integrationspolitik nicht zuerst als Ordnungspolitik, sondern als zentrale Frage gesellschaftlicher Entwicklung zu begreifen.

2. Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt

- Was werden sie tun, um die in diesen Bereichen bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu verändern und eine geschlechtergerechte Verteilung von Lohn, Arbeit und Zeit zu erreichen?

Grundlegend gilt es, die in Gesetzestexten verankerte Gleichheit auch in der Realität zur Durch- und Umsetzung zu verhelfen. Die weiterhin klaffende Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist nicht zuletzt an den viel zu kleinen Schritten abzulesen, mit denen sich der „equal-pay-day“ im Kalender im Laufe der Jahre nach vorne verschiebt. Orientiert an den Durchschnittswerten haben Frauen heutzutage erst Ende März das Einkommen erreicht, was die Männer zum Ende des Jahres bereits in der Tasche hatten.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat sich in ihrem Wahlprogramm in Abkehr vom Niedriglohnimage Sachsens-Anhalts auf die Neudefinition des Normalarbeitsverhältnisses wie folgt verständigt: „unbefristet, gut bezahlt, gleich verteilt zwischen den Geschlechtern, mit Mitbestimmung und Beteiligungsrechten am Produktionsprozess versehen, flexibel für Beschäftigte, nicht nur für die Unternehmen.“ Neben unserer grundlegenden Prämisse, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können müssen, treten wir für eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung ein, die für Frauen und für Männer eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht sowie auf eine gerechtere Verteilung aller Arbeitsbereiche abzielt.

Da der Staat nach unserem Verständnis immer mit gutem Beispiel vorangehen muss, will DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ein Vergabegesetz, nach dem öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die ein Lohndumping generell ausschließen und sich an wichtige soziale Standards halten. Ähnliches gilt für die Vergabe von Fördermitteln des Landes. Hier lassen sich die Kriterien der Fördervoraussetzung im Kontext der Geschlechtergerechtigkeit noch präziser, umfangreicher und anspruchsvoller definieren.

Außerdem muss das Problem der unfreiwilligen Teilzeit von Frauen angegangen werden. Die Gründe sind hier vielfältig: unzureichend flexible Kitazeiten, spezifische Frauenarbeitsplätze werden häufig nur in Teilzeit angeboten, Familienpflegezeiten werden aufgrund des niedrigeren Einkommens weiterhin zumeist von Frauen getragen usw. Entsprechend vielfältig müssen die Maßnahmen sein. In einigen Bereichen, wie etwa dem eines angemessenen staatlichen Ausgleichs für die Pflege von Angehörigen, gilt es auch auf Bundesebene tätig zu werden.

Last but not least geht es um die weitere Durchbrechung einer geschlechterstereotypen Berufswahl und parallel hierzu um die überfällige Aufwertung sozialer Berufe. Es ist schlicht nicht einzusehen, warum die Arbeit am Menschen so deutlich viel schlechter bezahlt wird als etwa die Arbeit an einem Auto. Der jüngste Kita-

Streik hat einen ersten Schritt in diesem Feld bewirkt. Änderungen werden u.a. auch in der Aufwertung der Pflegeberufe eingefordert. In vielen Fällen wird es auch direkte Aufgabe der Landespolitik sein, die Mittel für die angemessene tarifliche Aufwertung bereitzustellen. In anderen Bereichen müssen politische Rahmenbedingungen verändert werden. Beim aufgeworfenen Beispiel der Pflegeberufe setzt sich DIE LINKE. Sachsen-Anhalt für eine solidarische BürgerInnenversicherung ein, die alle Einkommensformen zur Finanzierung von Gesundheit und Pflege heranziehen soll.

- [Wie werden Sie die Erwerbschancen und Beschäftigungsperspektiven fördern für junge Frauen, Frauen mit Kleinkindern, Frauen nach einer Familien- oder Pflegephase, Langzeitarbeitslosen und Frauen, die älter sind als 55 Jahre?](#)

Langzeitarbeitslose und Arbeitslose über 55 Jahre haben in Sachsen-Anhalt eine große Schnittmenge. D.h., über 55-jährige Arbeitslose sind in aller Regel langzeitarbeitslos. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ein besonderes Programm umsetzen: Unter der Überschrift „Gemeinwohlarbeit“ sollen Langzeitarbeitslose auf freiwilliger Basis die Möglichkeit erhalten, einer sozialversicherungspflichtigen und tariflich entlohnten Tätigkeit nachzugehen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert wird und dem Gemeinwohl zugutekommt. Die Arbeitsfelder liegen in der sozialen Betreuung von alten Menschen, der Stärkung sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher, der Beseitigung von Barrieren zur Stärkung der Teilhabe von körperlich- oder geistig behinderten Personen sowie der besseren Integration von MigrantInnen.

Zum Abbau der Benachteiligung in den genannten unterschiedlichen Lebens- bzw. Familienphasen, sind generell die bestehenden Arbeitsmarktprogramme zu schärfen. Indes bleibt festzustellen, dass diese Programme auf Landesebene nur noch in geringerem Umfang vorhanden sind und ausschließlich aus europäischen Fördertöpfen gespeist werden. Insofern ist ein besonderes Augenmerk auf die flankierenden Maßnahmen zu richten, wie z.B. besondere Schulungsmaßnahmen nach Familien- oder Pflegephasen, der Ausbau von Ganztagesbetreuungsangeboten (Kita/Schule) usw. Wir halten es für notwendig, direkte und flankierende Maßnahmen zu koordinieren.

- [Mit welchen Maßnahmen setzen Sie sich für die Schaffung von ausreichend und existenzsichernden Arbeitsplätzen für Frauen ein?](#)

Die Landespolitik kann nur in äußerst geringem Umfang direkt Arbeitsplätze „schaffen“; allenfalls in Form von Arbeitsmarktprogrammen, wie oben mit unserem Konzept der „Gemeinwohlarbeit“ bereits aufgeführt. Aber die Politik ist verantwortlich für die Rahmenbedingungen, die den Arbeitsmarkt prägen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht derzeit eine wichtige Aufgabe in der Kontrolle der Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns sowie in der regelmäßigen Anpassung des Mindestlohns. Leider schützt der bestehende Mindestlohn nicht vor Altersarmut. Um oberhalb der Grundsicherung in der Altersversorgung zu liegen, brauchen wir selbst bei Vollzeitverhältnissen mit 45

Beitragsjahren einen Stundenlohn von ca. 11,- Euro. Wer, wie viele Frauen, größere Lücken in der Beitragsjahren vorzuweisen hat, ist auf einen weitaus höheren Stundenlohn angewiesen. Im Schnitt liegt dieser bei knapp 14,- Euro. Insofern ist es von besonderer Bedeutung, Frauen in vergleichbar gut entlohnte Berufe und Arbeitsfelder zu vermitteln.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht für die Durchbrechung von Geschlechterstereotypen bei der Berufswahl. D.h. nicht zuletzt: Mädchen und junge Frauen sollen an sogenannte MINT-Fächer und MINT-Berufe herangeführt werden.

Darüber hinaus muss - wie oben bereits angesprochen - durch die Aufwertung der sozialen Berufe mehr Gerechtigkeit in der grundsätzlichen Entlohnung angestrebt werden. Auch dies würde helfen, geschlechterstereotype Berufswahl aufzubrechen. Eine gerechtere Entlohnung würde fraglos auch mehr Männer in die sozialen Berufe „locken“.

- Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Existenzgründung von Frauen und das Unternehmerintum im Land zu stärken?

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass Frauen darin bestärkt werden, sich selber in Form von Selbständigkeit oder der Gründung von Unternehmen zu verwirklichen, allerdings legen wir auch unser Augenmerk auf die sozialen Bedingungen von Selbständigkeit. Vor allem die soziale Absicherung von Selbständigen muss verbessert werden. Dazu werden wir auch im Rahmen von Bundesratsinitiativen in der nächsten Wahlperiode aktiv werden.

Im ersten Schritt wollen wir allgemein in Sachsen-Anhalt eine neue Gründungskultur entwickeln, die sich an den jeweiligen spezifischen Bedürfnissen orientiert und bei der Ideenfindung beginnt, bis zur Markteinführung des Produkts führt, dort aber nicht endet. Neben der Bereitstellung von Fördermitteln sind die Beratung, Begleitung, Qualifizierung und der Erfahrungsaustausch über den gesamten Gründungsprozess entscheidend für den Erfolg.

Auch beim Thema Unternehmensnachfolge ist verstärkt ein Augenmerk auf Frauen zu richten und diese zielgerichtet zu fördern. In Sachsen-Anhalt werden in den nächsten Jahren tausende Unternehmen vor dem Generationsübergang stehen.

- Welche Maßnahmen werden Sie unterstützen, um sehr gute Schulleistungen der Mädchen in erfolgreiche berufliche Karrieren münden zu lassen?

DIE LINKE setzt sich für ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren ein, auf dessen Grundlage es bei der Entscheidung allein um die Eignung und Leistung der Bewerberinnen und Bewerber geht. Umgehend umsetzen ließe sich dies in einem ersten Schritt in der Landesverwaltung.

Eine schwierigere Herausforderung sehen wir in der notwendigen Aufgabe, die sogenannte „gläserne Decke“ bei den hochdotierten Posten in ihren subtilen Wirkmechanismen sichtbar zu machen und schließlich zu durchbrechen. Massive Ungleichbehandlungen gibt es insbesondere in der freien Wirtschaft. Indes sind auch andere Karrierebereiche, wie etwa die Hochschullandschaft, nach wie vor vom Phänomen der „gläsernen Decke“ betroffen. Solange die verkrusteten Verhältnisse sich nicht anders aufbrechen lassen, halten wir gesetzliche Quotenvorgaben für ein adäquates Mittel.

- [Welche Schritte werden Sie einleiten, um auch Frauen mit Behinderung das Recht auf Arbeit zu verwirklichen?](#)

So wichtig Werkstätten für Menschen mit Behinderung individuell auch sein mögen, so dürfen sie doch keinesfalls die vorgezeichnete Einbahnstraße für einen Großteil von Menschen mit Behinderungen sein. Dies würde fraglos der Inklusion zuwider laufen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass insbesondere auch Frauen mit Behinderungen vielfältige Optionen offeriert werden. Eine unserer langjährigen Forderungen wurde dabei inzwischen umgesetzt: ein Rückkehrrecht vom sogenannten ersten Arbeitsmarkt in die Werkstatt. Dies ist wichtig, um Hemmschwellen abzubauen. Für die Zukunft gilt es, die begleitete Ausbildung im und für den sogenannten ersten Arbeitsmarkt zu stärken. Hierauf will DIE LINKE. Sachsen-Anhalt mit den Mitteln der Schwerbehindertenabgabe einen stärkeren Schwerpunkt setzen. Dabei ist die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt durchaus hilfreich. Während noch vor wenigen Jahren viele BewerberInnen um die attraktiven Ausbildungsplätze konkurrierten, konkurrieren inzwischen einzelne ArbeitgeberInnen um Auszubildende. Das ist eine gute Gelegenheit, Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen abzubauen. Damit diese Aufgaben besser angegangen werden können, sollte das Knowhow und die Infrastruktur der zwei Berufsbildungswerke in Stendal und Hettstedt sowie des Technologie- und Berufsbildungszentrums Magdeburg einbezogen werden. Dies hatte bereits unsere Landtagsfraktion in einem Antrag dem Landtag zur Debatte gestellt und hierzu zumindest einen Teilkonsens erreicht (Drucksache 6/2809).

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich außerdem dafür ein, dass Betriebe hinsichtlich der Fördermöglichkeiten zur Integration bzw. Rehabilitation von schwerbehinderten Beschäftigten umfangreich informiert und fachlich gut begleitet werden. Um weitere alternative Angebote für Menschen mit Behinderungen vorzuhalten, setzten wir uns für eine dauerhafte Förderung von Sozialbetrieben ein. Außerdem fordern wir ein, dass die Förderung von Menschen mit Behinderungen auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt personenzentriert wird. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will RehaberaterInnen für die Berufsfindungsphase und Berufsberatung bei der Arbeitsagentur ansiedeln. Außerdem wollen wir eine Öffentlichkeitskampagne der Integrationsfachdienste initiieren, um deren Angebote bekannter zu machen. Betrieben sollen ausreichende Beratungs- und Unterstützungsangebote beim Abbau von Barrieren zur Verfügung stehen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich auch dafür ein, dass die betriebliche Inklusionsberatung zur Inklusionsbegleitung ausgebaut wird. Wir schlagen zudem die Einbeziehung der Wirtschaftsförderung in die Arbeit der Integrationsfachdienste vor.

3. Gleichberechtigte Partizipation von Frauen an politischen Entscheidungsfunktionen und Inhalten

- [Wie schätzen Sie die Chance ein, ein Paritätengesetz in Sachsen-Anhalt umzusetzen?](#)

Um eine gleichberechtigte demokratische Teilhabe von Frauen und Männern in der repräsentativen Demokratie zu garantieren,

beabsichtigt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, die Möglichkeit der Verabschiedung eines „Parité Gesetzes“ für Sachsen-Anhalt ähnlich dem französischen Vorbild zur Ermöglichung von Quotenregelungen in Wahlgesetzen und geschlechterparitätischen Besetzungen von KandidatInnenlisten zu prüfen und bei Vorlage entsprechender Ergebnisse initiativ zu werden.

Wir vertreten die Auffassung, dass die mangelnde paritätische Besetzung der deutschen Parlamente - und damit auch die des Parlaments von Sachsen-Anhalt - „ungleichberechtigte“ politische Entscheidungen und Gesetze begünstigt.

Ein verfassungskonformes und verfassungsrechtlich gebotenes Mittel zur Durchsetzung der tatsächlichen gleichberechtigten demokratischen Teilhabe von Frauen und Männern kann nur mit einer verbindlichen gesetzlichen Regelung zur paritätischen Besetzung von KandidatInnenlisten und Wahlkreisen durch die politischen Parteien für die Wahl zum Deutschen Bundestag, für Landtagswahlen und für Kommunalwahlen einhergehen.

Die Chancen der Umsetzung eines solchen Gesetzes auf Landesebene stehen im engen Zusammenhang mit einem politischen Wechsel in diesem Land.

- Wie stehen Sie zur Quotierung bei der Nominierung für wichtige öffentliche Ämter, Aufsichtsräte oder Entscheidungsgremien?

Die Beteiligung von Frauen in Führungsgremien ist eine Frage von Chancengleichheit und Gleichberechtigung.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt macht sich stark für eine angemessene Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsgremien von Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur.

Wir bekennen uns zur Quotierung in allen Führungsebenen und Aufsichtsräten.

Die Hälfte der politischen Mandate und öffentlichen Ämter für Frauen bleibt ebenso unser Ziel wie die 50-Prozent-Quote in der Landesverwaltung.

Wir streben eine mit Männern und Frauen paritätisch besetzte Landesregierung an.

- Wie werben Sie Frauen und welche Möglichkeiten sehen Sie hier für Frauen?

Die Partei DIE LINKE versteht sich als linke demokratisch-pluralistische Partei, die Frauen und Männern gleichermaßen offen steht.

Die LINKE hat in ihrer Satzung festgeschrieben, dass „die politische Willensbildung von Frauen in der Partei aktiv zu fördern ist. Es ist Ziel der Partei, dass Frauen weder diskriminiert noch in ihrer politischen Arbeit behindert werden.... Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten sind grundsätzlich mindestens zur Hälfte Frauen zu wählen.... Bei der Aufstellung von WahlbewerberInnen für Parlamente und kommunale

Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens hälftigen Frauenanteil in der Fraktion bzw. Abgeordnetengruppe hinzuwirken.“

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass insbesondere mit dem Mentoring-Programm der Partei DIE LINKE überwiegend junge Frauen angesprochen und für eine Mitarbeit gewonnen werden konnten.

Jedes Jahr beteiligt sich die Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bzw. die Landtagsfraktion DIE LINKE am bundesweiten Girls und Boys Day und öffnet ihre Türen für interessierte Mädchen und Jungen. DIE LINKE gibt ihnen so Gelegenheit, die konkrete Arbeit von PolitikerInnen und MitarbeiterInnen hautnah kennenzulernen und ihre Fragen zu stellen. Wir wollen damit politisches Interesse wecken und darüber informieren, wie Politik funktioniert. Das ist eine gute und auch notwendige Tradition, da Politik immer noch ein Feld ist, das hauptsächlich von Männern bestimmt wird. DIE LINKE will genau das ändern.

Ferner will DIE LINKE. Sachsen-Anhalt durch entsprechende Informationsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen politisches Interesse insbesondere auch bei Frauen wecken und zu mehr politischem Engagement aufrufen.

- Welche konkrete Unterstützung leisten Sie für Frauen, die bereit sind, für diese Ämter zu kandidieren?

Die Berücksichtigung der Interessen von Frauen und die ggf. damit verbundenen notwendigen praktischen Veränderungen, wie z.B. die bedürfnisgerechte Terminierung von Sitzungszeiten, die Schaffung von Möglichkeiten zur Kinderbetreuung, die Anpassung und Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und auch Arbeitszeiten, neue Arbeitszeitmodelle, aber auch eine grundsätzliche Erweiterung der Vorstellung politischer Arbeit, spielen für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt eine wichtige Rolle, so dass jede und auch jeder die Möglichkeit finden kann, sich so einzubringen, wie sie bzw. er es möchte.

Um Müttern die Teilnahme an Parteitagen zu ermöglichen, erfragt DIE LINKE unter den Delegierten den Wunsch nach einer Kinderbetreuung und bietet diese je nach Bedarf auch an.

4. Gewalt gegen Kinder und Frauen

- Wie werden Sie sicherstellen, dass zukünftig der Schutz und die bedarfsgerechte Unterstützung der betroffenen Frauen und Kinder gewährleistet werden?

Frauen und Kinder sind besonders von häuslicher Gewalt bedroht. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen, dass die Betroffenen sicher, schnell, unbürokratisch und bedarfsgerecht Schutz und qualifizierte Hilfe in einem Frauenhaus oder einer Frauenschutzwohnung erhalten können. Psychologische Betreuung, auch für Kinder, ist zu gewährleisten. Zugangs-, Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten für von Gewalt betroffene Frauen mit Behinderungen sind zu verbessern.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hält eine spezielle Kinderbetreuung vor Ort für Kinder, die mit ihren Müttern Zuflucht in Frauenhäusern finden, für dringend geboten. Kinder, die häusliche Gewalt, egal in welcher Form, miterleben, werden und sind automatisch Opfer. Sie erleiden häufig selbst Gewalt oder beobachten sie. Gewalt in der Familie stellt somit immer eine Gefährdung des Kindeswohls dar. Die Kinder sollten somit Anspruch auf gut ausgebildete Erzieherinnen, auf ein pädagogisches Fachpersonal in den Frauenhäusern haben, um u.a. der Gefahr vorzubeugen, später selbst einmal unmittelbar Opfer oder Täter häuslicher Gewalt zu werden. Bisher gibt es lediglich in Halle und Magdeburg hierfür eine Fachkraft. Dem muss unverzüglich Abhilfe geschaffen werden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt positioniert sich dahingehend, dass in jedem Frauenhaus sichergestellt werden muss, dass die kontinuierliche und konzeptionelle Arbeit im Kinderbereich nur durch fest angestellte MitarbeiterInnen, die über eine ausreichende fachliche insbesondere sozialpädagogische Qualifikation verfügen, gewährleistet werden kann.

In jedem Frauenhaus sollte den Kindern ein ausreichend großer, eigener Bereich zur Verfügung stehen, der sich an der Größe und Aufnahmekapazität des jeweiligen Frauenhauses orientiert. Den Bedürfnissen von männlichen Kindern schutzsuchender Mütter, die über 14 Jahre alt sind, muss dabei unbedingt Rechnung getragen werden.

In diesem Zusammenhang fordert DIE LINKE, dass die Finanzierung von bestehenden Opfereinrichtungen, insbesondere der Frauenhäuser langfristig und auf Dauer gesichert werden muss. Auf die Ausführungen unter 1. zweiter Ordnungspunkt wird verwiesen.

- [Was will Ihre Partei an konkreten Maßnahmen im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit und Primärprävention umsetzen, um Gewalt gegen Kinder und Frauen einzudämmen?](#)

Gewalt gegen Kinder und Frauen findet oft im Verborgenen statt. Sehr häufig werden die Ursachen im eigenen Verhalten gesucht. Häufig wird der von Gewalt betroffenen Frau durch die Öffentlichkeit eine Mitschuld oder die alleinige Schuld für das gewalttätige Verhalten des Mannes zugewiesen. Hier bedarf es aus Sicht der LINKEN unbedingt Aufklärung, aber auch Sensibilisierung.

Aus diesem Grund benötigt gerade die Antigewaltarbeit eine breite Öffentlichkeit, die zum einen der Aufklärung, aber zum anderen auch dem fachlichen Austausch und der Förderung der Zusammenarbeit dient. Veranstaltungen müssen die Information und den Meinungs-austausch fördern, sie müssen aber auch Hemmschwellen abbauen, damit betroffene Frauen und Kinder, entsprechende Hilfsangebote in Anspruch nehmen und ihre Berührungspunkte abbauen und letztendlich verlieren.

Zur Sicherstellung der Antigewaltarbeit wird DIE LINKE. Sachsen-Anhalt Maßnahmen zur Sensibilisierung von in diesen Bereichen arbeitenden Fachkräften und zur inhaltlichen Weiterqualifizierung

sowie die Erweiterung existierender Vorhaben und Ansätze unterstützen.

Ein Schwerpunkt in der Primärprävention muss in der Vorbeugung von Gewalt liegen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird Angebote für Kinder und Jugendliche, Eltern sowie berufsspezifische Fortbildungsangebote für LehrerInnen unterstützen und fördern.

- [Wie will ihre Partei das öffentliche Bewusstsein für das Thema Frauenhandel und für die Probleme der sexuell ausgebeuteten Frauen deutscher und nicht-deutscher Herkunft nachhaltig fördern?](#)

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt tritt für eine entschiedene Bekämpfung jedweder Form von Gewalt gegen Frauen, gegen Frauenhandel, sexuelle Ausbeutung sowie Zwangsverheiratungen ein.

Dabei stehen für uns insbesondere solche Forderungen im Mittelpunkt, wie:

- den Opferschutz beim Menschenhandel und Zwangsprostitution prioritär zu behandeln und an erste Stelle zu setzen;
- die Aufenthalts- und sozialen Rechte der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zu stärken;
- den Opferschutz nicht an die Aussagebereitschaft der Frauen zu koppeln;
- unabhängige anonyme Beratungsstellen zu schaffen;
- einen offenen Zugang zu Beratungsstellen für alle betroffenen Frauen unabhängig von der sozialen Herkunft oder dem Aufenthaltsstatus zu ermöglichen;
- den Opfern einer Zwangsheirat ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu erteilen;
- den Opfern von Menschenhandel aus humanitären Gründen aufgrund der erlittenen Menschenrechtsverletzung einen Aufenthaltstitel - unabhängig von ihrem Status innerhalb des Strafverfahrens - zu gewähren.

Es ist darüber hinaus im Interesse eines besseren Opferschutzes wie auch einer effektiveren Bekämpfung des Menschenhandels erforderlich, Fortbildungsprogramme und Sensibilisierungsmaßnahmen für die mit dem Thema Menschenhandel/ Frauenhandel befassten Berufsgruppen in die Aus- und Weiterbildung zu integrieren.

Doch zuallererst bedarf es einer breiten Sensibilisierung, umfassenden Aufklärung, Information, Bildungsarbeit und Prävention in der Öffentlichkeit, um die Menschen auf die Themen Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie Zwangsprostitution und Menschenhandel aufmerksam zu machen.

Das kann mittels Publikationen, Informationsbroschüren, Kampagnen etc., aber insbesondere in gemeinsamen, aufklärenden Gesprächen erfolgen, welche über Struktur und Ausmaß von Frauenhandel und sexuelle Ausbeutung informieren.

Es geht letztendlich darum, das Problembewusstsein jedes/jeder Einzelnen zu steigern und die breite Öffentlichkeit für diese Themen zu sensibilisieren.

Dafür wird DIE LINKE. Sachsen-Anhalt jegliche Maßnahmen unterstützen bzw. selbst initiieren.

Wir unterstützen Forderungen zur Entkriminalisierung der Prostitution.

- Welche Maßnahmen werden Sie initiieren, um Frauen mit Behinderungen vor jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch besser zu schützen?

Unter der Problematik Ausbeutung und Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen stellt die sexuelle Gewalt aus unserer Sicht einen Schwerpunkt dar.

Bei der Betrachtung der Antwort auf die Kleine Anfrage „Sexuelle Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen“ unserer Landtagsfraktion in der Drucksache 6/4188 könnte der Eindruck entstehen, dass die Fälle sexueller Gewalt gegenüber Frauen mit Behinderung im Steigen begriffen sind. Gespräche mit Fachleuten, so z.B. mit Wildwasser e.V. oder mit unserer Landesarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, haben dabei zwei Dinge unterstrichen: 1. Es ist nicht unbedingt die Anzahl der Fälle die steigt, sondern die Sensibilität in dieser Frage (dadurch werden mehr Fälle überhaupt erst erkannt) und 2. ist die sogenannte Dunkelziffer weiterhin sehr hoch.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will sich dafür einsetzen, dass die gewachsene Sensibilität, die wir nicht zuletzt der Auseinandersetzung um die Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu verdanken haben, weiter zunimmt. Hierfür ist es notwendig, die gute Arbeit der Beratungs- und Hilfeeinrichtungen zu stärken und ihre finanzielle Basis langfristig sicher zu stellen. In Kooperation mit diesen Einrichtungen sollen sowohl Polizei und Justiz als auch Träger der Behindertenhilfe ihren Beschäftigten im ausreichenden Umfang entsprechende Weiterbildungsangebote zur Verfügung stellen. Gerade seelisch oder geistig behinderte Frauen, die erfahrene Übergriffe nicht direkt artikulieren können, sind darauf angewiesen, dass diese im besten Fall bereits im Vorfeld verhindert werden, aber eben mindestens doch untersucht, geahndet und abgestellt werden. Eine weitere Aufgabe sieht DIE LINKE. Sachsen-Anhalt darin, Öffentlichkeitsarbeit über den ExpertInnenkreis hinaus zu betreiben. Denn vielen Menschen ist es gar nicht bewusst, dass Frauen mit Behinderung viel stärker dem Risiko sexueller Gewalt ausgesetzt sind. Auch hier gilt es zu sensibilisieren.

Nicht zuletzt treten wir dafür ein, behinderte Mädchen bereits sehr früh in ihrer Persönlichkeit zu stärken, sodass sie sich besser selbst gegen sexuelle Übergriffe zu Wehr setzen können. Dies beginnt bei Nein-sage-Übungen, geht über spezielle Angebote im Selbstverteidigungssport und wird natürlich generell durch Maßnahmen unterstützt, die gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention das selbstbestimmte Leben stärken. Wenn eine behinderte Frau wirklich eigenständig entscheiden kann, in welcher Wohnform sie lebt und welche Personen sie pflegen, ihr assistieren usw. ist sie weitaus geringeren Risiken ausgesetzt.

- Welche Maßnahmen werden Sie initiieren, um Flüchtlingsfrauen vor jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch besser zu schützen?

Aus Sicht der LINKEN. Sachsen-Anhalt ist es wichtig, für Flüchtlingsfrauen niedrigschwellige, auf sie zugehende und anonyme Hilfsangebote auszubauen. Dieser Ausbau muss besser unterstützt werden.

In dem Bereich ist es ebenso erforderlich, gezielt mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und mehrsprachiges Informationsmaterial den Frauen zur Verfügung zu stellen.

Die Frauenhäuser stehen Frauen aus allen Kulturkreisen offen. Untersuchungen haben ergeben, dass Frauen, die Frauenhäuser aufsuchen, nicht selten Frauen mit Migrationshintergrund sind. Ihnen muss dort jegliche Hilfe zuteilwerden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich auch künftig vehement dafür einsetzen, dass ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, die für die Beratung und Unterstützung von von Gewalt betroffenen, traumatisierten weiblichen Flüchtlingen vorgesehen sind.

Es sind in diesem Zusammenhang u. a. Maßnahmen zu unterstützen, wie:

- die Sensibilisierung und Schulung von Personen, die im professionellen Kontext mit Flüchtlingsfrauen befasst sind;
- die Sensibilisierung und Schulung von Ehrenamtlichen und
- die niedrigschwellige Begleitung und Betreuung von traumatisierten Flüchtlingsfrauen.

Für die Durchführung dieser Maßnahmen muss die örtliche, fachlich geeignete Beratungs- und Hilfestruktur einbezogen werden.

Die gezielte und breitere Bekanntmachung des bundesweiten „Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen“ in Fremdsprachen und in leichter Sprache ist ebenfalls ein Schritt in Richtung eines besseren Schutzes von Flüchtlingsfrauen.